

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Kornelia Möller, Dr. Ilja Seifert,
Dr. Kirsten Tackmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/11588 –**

Reisen für alle – Für einen sozialen Tourismus

A. Problem

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung in ihrem Antrag auf, ein für fünf Jahre ausgelegtes Programm für sozialen Tourismus vorzulegen, um die aus ihrer Sicht bestehenden erheblichen Defizite bei der Teilhabe großer Bevölkerungsgruppen an den verschiedenen touristischen Angeboten abzubauen. Obwohl der Tourismus für viele Menschen ein wichtiger Bestandteil ihres Lebens sei, könne sich jedoch ein großer Teil der Bevölkerung keinen Urlaub mehr leisten. In ihrem Antrag fordert die Fraktion unter anderem, dass allgemein Mittel für die stärkere Finanzierung von Projekten des sozialen Tourismus bereitgestellt und im Rahmen der Regelbedarfsätze des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) und des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) für Bedarfsgemeinschaften und Familien mit Kindern ein angemessenes Budget für Erholungsurlaub berücksichtigt werden. Ebenso sollen genossenschaftlich organisierte Formen des Sozialtourismus initiiert und gefördert werden sowie Festlegungen zur Finanzierung und jährlich obligatorischen Durchführung von Klassenfahrten getroffen werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/11588 abzulehnen.

Berlin, den 24. April 2013

Der Ausschuss für Tourismus

Klaus Brähmig
Vorsitzender

Marlene Mortler
Berichterstatterin

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatterin

Jens Ackermann
Berichterstatter

Dr. Ilja Seifert
Berichterstatter

Markus Tressel
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Marlene Mortler, Gabriele Hiller-Ohm, Jens Ackermann, Dr. Ilja Seifert und Markus Tressel

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 219. Sitzung am 31. Januar 2013 den Antrag auf **Drucksache 17/11588** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 132. Sitzung am 24. April 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 95. Sitzung am 24. April 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 78. Sitzung am 24. April 2013 beraten. Nach Abschluss der Beratung hat der Ausschuss für Tourismus mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11588 zu empfehlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, dass sich die Bundesregierung dafür einsetze, dass auch Menschen mit gesundheitlichen, sozialen oder finanziellen Einschränkungen reisen können sollen. Der Antrag verkenne aber einerseits, dass Reisen in Deutschland schon weitgehend gefördert würde, andererseits sei Tourismusförderung primär eine Kompetenz der Länder. Die Bundesregierung fördere in erheblichem Umfang den Bau und die Einrichtung von Familienferienstätten, Jugend-, Bildungs- und Begegnungsstätten, Jugendherbergen, die internationale Jugendarbeit im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes sowie zum Beispiel den gezielten bilateralen Jugendaustausch über das deutsch-französische und das deutsch-polnische Jugendwerk. Auch die Länder engagierten sich. Sie unterstützten gering verdienende Familien bei der Finanzierung gemeinsamer Ferien, zum Beispiel in gemeinnützigen Familienferienstätten durch Individualzuschüsse. Leider seien die Programme von einigen Bundesländern zurückgefahren worden und es gelte an dieser Stelle an die Landesregierungen zu appellieren, diese Art der Förderung wieder aufzunehmen bzw. zu verstärken. Insgesamt lasse der Antrag die gesetzlich festgelegte Kompetenzverteilung von Bund und

Ländern außer Acht und ignoriere die vielfältigen Angebote und Projekte der Bundesregierung, die zeigten, wie diese sich für den umfassenden Zugang aller Bevölkerungskreise zu touristischen Angeboten einsetze.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, dass der Antrag in die richtige Richtung ziele, denn es sei wichtig, Menschen, die aus eigener Tasche keinen Urlaub finanzieren könnten, zu unterstützen. Besonders Kinder und Heranwachsende profitierten von Reisen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung. Die SPD habe sich dafür eingesetzt, dass vom Bildungs- und Teilhabepaket auch Kinder aus Familien profitierten, die Kinderzuschlag und Wohngeld bezögen. Dadurch hätten rund 500 000 Kinder und Jugendliche zusätzlich Anspruch auf monatlich 10 Euro, die auch für Ferienfreizeiten angespart werden könnten. Einige Forderungen des Antrags seien allerdings fragwürdig. So sei nicht nachzuvollziehen, warum das Thema Sozialtourismus in alle touristischen Aus- und Weiterbildungen aufzunehmen sei. Auch die Forderung, dass deutsche Behörden in der Internationalen Organisation für Sozialtourismus, ISTO, mitarbeiten sollten, sei nicht stichhaltig, da kaum eine andere staatliche Stelle Mitglied der ISTO sei und Deutschland zudem mit dem BundesForum Kinder- und Jugendreisen bereits gut vertreten sei. Die SPD-Fraktion werde sich daher der Stimme enthalten.

Die **Fraktion der FDP** hob hervor, Hauptursache dafür, dass jemand nicht reise, sei ein schmaler Geldbeutel. Wenn aber der Grund für den Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen von der Teilhabe am Tourismus deren wirtschaftliche Situation sei, dann müsse an die Ursache für diese Situation herangegangen werden. Dies gehe eben am besten, wenn die Wirtschaft floriere und Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt würden. Deutschland sei hier auf einem guten Weg, denn die Gruppe derjenigen, die nicht reisen könne sei im vergangenen Jahr kleiner geworden. 2012 seien rund 41 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt gewesen. Die Regierungsfaktionen würden durch eine gute Wirtschaftspolitik und die fortschreitende Haushaltskonsolidierung das ihre dazu beitragen. Im Übrigen fielen zahlreiche Forderungen nicht in die Zuständigkeit des Bundes. Beispielsweise könne der Bund wegen der Kulturhoheit der Länder keine Festlegungen zur Finanzierung und zu jährlich obligatorischen Durchführungen von Klassenfahrten treffen. Der Antrag sei daher abzulehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** wies darauf hin, dass sich in Deutschland als Folge des Auseinanderdriftens der Einkommen eine Zweiklassengesellschaft im Tourismus vertiefe und verfestige und damit in Deutschland ein großer Teil der Bevölkerung vom Tourismus ausgeschlossen sei. Der Antrag ziele auf konkrete politische Weichenstellungen und beinhalte einen ganzen Komplex von Maßnahmen für einen sozialen und solidarischen Tourismus. Solidarität dürfe kein Lippenbekenntnis sein. Dies gelte auch auf europäischer Ebene. Insofern sei es bedauerlich, dass Deutschland die Mitarbeit im Rahmen der Internationalen Sozialtouristik-

Organisation, ISTO, ablehne. Überfällig sei vor allem die Berücksichtigung eines angemessenen Budgets für Erholungsurlaub für Bedarfsgemeinschaften und Familien mit Kindern im Rahmen der Regelsätze des SGB II und des SGB XII. Die Regierungsparteien hätten damit ihr Versprechen in den tourismuspolitischen Leitlinien, dass auch Menschen mit gesundheitlichen, sozialen und finanziellen Einschränkungen reisen können sollen, nicht eingelöst. Die Regierungskoalition könne dies heute nachholen und mit der Zustimmung zum Antrag ein entsprechendes Signal senden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob hervor, dass für viele Menschen auf Grund ihrer Einkommenssituation Urlaub ein unerreichbarer Wunschtraum sei. Aber nicht nur aus sozialen, sondern auch aus ökonomischen und gesundheitspolitischen Gründen sei es wichtig, das Thema Sozialtourismus auf die Tagesordnung zu setzen. Nicht zu vergessen seien zudem auch kinder- und jugendpolitische Erwägungen, denn Reisen bilde und trage zu einer positiven Persönlichkeitsentwicklung bei. Die Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen am Tourismus müsse ein gemeinsames Ziel aller Fraktionen sein. Da sich die Mehrheit der Forderungen an die Länder richteten, würde sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Stimme enthalten.

Berlin, den 24. April 2013

Marlene Mortler
Berichterstatlerin

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatlerin

Jens Ackermann
Berichterstatler

Dr. Ilja Seifert
Berichterstatler

Markus Tressel
Berichterstatler